

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Kontokonto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Pettzeile (Masse's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inq. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 114

Mittwoch, den 19. Mai 1926

78. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Erlöschen ist die Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestande des
Gutsbesizers August Gärtner in Lichtenberg Nr. 14 und des Wirtschaftsbesizers
Willy Saubold in Hückendorf Nr. 49.

Die dafür geltenden Bestimmungen treten außer Kraft.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 18. Mai 1926.

haben im
Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Das Wichtigste

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beabsichtigt, wie die
Selbsten erklärt, zur Flaggenfrage einen Antrag einzubringen,
dessen Ziel dahin gerichtet ist, daß die deutschen Missionen im
Auslande nur die schwarzrotgoldene Flagge zu hissen haben.
Die Formulierung des Antrages ist aber noch nicht festgelegt
und wird auch heute nicht festgelegt werden, da eine Fraktions-
sitzung nicht mehr stattfindet.

Im Untersuchungsausschuß des Reichstages fand eine Debatte über
die Marinemeuterei statt.

In Roerlich bei Dlegny ist ein Lastauto mit 36 Personen ver-
unglückt.

Die Morgenblätter melden aus Aachen: Der an der holländisch-
belgischen Grenze gelegene Mäuseberg ist gestern zusammenge-
stürzt. In den Berg waren zur Champagnenacht Gänge gegraben
worden. Es haben sich etwa 2,5 Millionen Kubikmeter Erde
in Bewegung gesetzt. Dem Unglück sind mehrere Personen zum
Opfer gefallen. Bisher wurden 5 Tote und 13 Verletzte festgestellt.

In Polen ist eine Gegenregierung gegen Pilsudski ausgerufen worden.
Eine Anzahl regierungstreuer Offiziere mit General Saburski an
der Spitze, die in Wilanow bei Warschau verhaftet worden
sind, wurden ins Gefängnis geführt. Die Offiziere werden sich
in den nächsten Tagen vor einem Kriegsgericht zu verantworten
haben.

Wegen der Fortdauer der Kohlenkrise sehen sich die englischen
Eisenbahnen mit Rücksicht auf ihre geringen Kohlenbestände ge-
nötigt, eine Betriebsbeschränkung vorzunehmen. In einzelnen
Fällen fallen nicht weniger als die Hälfte der Züge aus.

Senator Borah hielt vor dem amerikanischen Senat eine scharfe
Rede gegen das Zurückhalten deutschen Eigentums in Amerika.
Wie der „Lokalanzeiger“ aus Paris berichtet, ist es nach den
letzten Meldungen aus Beirut in Damaskus zu neuen Straßen-
kämpfen gekommen. In vielen Teilen der Stadt wütheten
Feuersbrünste, die nicht eingedämmt werden können, da bei dem
Versuche, die Aufständischen zu vertreiben, die Wasser- und Gas-
versorgung abgeschnitten wurde. Von dem Minarett lassen sich deutlich
20 verschiedene Brandherde feststellen. Dem Feuer sind bereits
über 500 Häuser zum Opfer gefallen.

Vorbereitende Abrüstungskonferenz.

In Genf hat am 18. Mai die vorbereitende Kommission
für die Abrüstungskonferenz ihre Beratungen aufgenommen.
Wohlgemerkt, es handelt sich nur um eine vorbereitende Kon-
ferenz, die eine Grundlage für eine allgemeine Abrüstungs-
konferenz schaffen soll. Das bedeutet so viel, daß mit bin-
denden Beschlüssen nicht zu rechnen ist. Zwanzig Staaten
nehmen an den Kommissionsarbeiten teil. Von diesen zwanzig
sind zehn Mitglieder des Völkerbundes. Deutschland
wird, wie schon gemeldet, durch den früheren Botschafter
Grafen Bernstorff und durch den Geheimrat von Bülow
vom Auswärtigen Amt, dem Staatssekretär von Müllendorf
und einer Reihe von Angehörigen des Reichswehrministeriums
vertreten. Bemerkenswert und von größter Tragweite
für die Arbeit der Kommission ist die Tatsache, daß sich
Sowjetrußland an der Konferenz nicht beteiligt.

Der Gedanke der Abrüstung ist zugleich mit Beendigung
des Krieges aufgetaucht. Nachdem alle kriegsführenden Staa-
ten aus dem Weltkriege mehr oder weniger stark geschwächt
hervorgegangen waren, trieb man mit dem idealen Gedanken,
daß derartig schwere Kriege nur durch Herabsetzung und Ein-
stellung der Rüstungen vermieden werden können, wohl-
gefällige Propaganda. Als man Deutschland den Versailler
Vertrag diktierte, in dem man sein Landheer auf eine Stärke
von 100 000 Mann beschränkte, seine Seemacht auf 15 000
einschließlich der Offiziere und ihm die schärfsten Bestimmun-
gen über Ausrüstung, Heeresergänzung, Befestigungen und
andere Organisationsfragen des Heeres auferlegte, leitete
man diesen Teil des Vertrages, der die Artikel 159 bis 180
umfaßt, mit einer allgemeinen Bestimmung ein, die kaum
mehr als eine große Geste war, um nicht nur Deutschland,
sondern vor allem auch jene Länder, die für verständlichen
Ausgleich von Gegensätzen in der Welt eintraten, zu blenden.
In dem Vorjah zu den genannten Artikeln heißt es: „Um
die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller

Die Durchführung des Volksentscheides

Graf Bernstorff auf der Abrüstungskonferenz — Brasilien lenkt ein — Eine gemeinsame
Erklärung der Regierungsparteien in der Flaggenfrage

Die Verordnung des Reichsinnen- ministers

† Berlin. Die Verordnung des Reichsministers des
Innern zur Durchführung des Volksentscheides ist heraus-
gekommen.

Im § 1 der Verordnung wird nochmals festgesetzt,
daß Gegenstand des Volksentscheides die Frage sei, ob der
im Volksbegehren verlangte, vom Reichstag abgelehnte
Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürsten-
vermögen Gesetz werden soll.

§ 2 setzt als Abstimmungstag Sonntag, den 20. Juni
1926, fest.

§ 3 bringt die Bestimmung über den Stimmzettel.

Der Reichsminister des Innern hat darüber mit allen
Parteien des Reichstages, die Fraktionsstärke haben, ver-
handelt, und man ist dort zu folgendem Ergebnis ge-
kommen. Der Stimmzettel enthält oben folgenden Text:
„Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Ge-
setzes über Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden?“
Darunter befinden sich zwei Kreise, in deren einem Ja mit
darunter befindlichem Kreise, in deren anderem Nein mit
darunter befindlichem Kreise steht. Die Stimmabgabe erfolgt
in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Ab-
stimmung gestellte Frage bejahen will, das mit Ja, der
Stimmberechtigte, der sie verneinen will, das mit Nein be-
zeichnete Kreise innerhalb des Kreises durchkreuzt.

Ob die Parteien, die Gegner des Volksentscheides sind,
von der Stimmabgabe überhaupt Gebrauch machen werden,
steht noch nicht fest. Für den Fall, daß die Gegner des Volks-
entscheides zur Stimmabgabe aufgefordert werden sollten,
müssen sie das Votum mit Nein innerhalb des Kreises durch-
kreuzen. Die Stimmlisten und Stimmkarteien sollen vom
6. Juni bis 18. Juni ausgelegt werden. Die Gemeinde-
behörden können die Auslegung aber schon früher beginnen
lassen.

Eine Rede des Grafen Bernstorff auf der Abrüstungskonferenz.

Genf, 18. Mai. In der Nachmittagsitzung der Abrüstungs-
konferenz gab der deutsche Delegierte Graf Bernstorff folgende Erklärung ab:

Die Regierung und die öffentliche Meinung der deutschen Repu-
blik haben mit Interesse und Sympathie alle Versuche des Völkerbundes
zur Herabsetzung oder Beschränkung der Rüstungen verfolgt. Wenn
diese Versuche bis jetzt noch kein Ergebnis gehabt haben, so hoffen wir
daß diese Konferenz eine neue Aera einleitet, in der keine Kriege mehr
stattfinden, sondern lediglich ein friedlicher Wettkampf der Völker auf
kulturellem Gebiet. Das rege Interesse, das man in Deutschland der
Abrüstungsfrage entgegenbringt, hat politischen, wirtschaftlichen und
militärischen Charakter. Aus sittlichen Gründen muß für die Zukunft
die Vermeidung eines neuen Krieges angestrebt werden. Ebenso erfor-
dert dies die Politik, weil die Geschichte uns lehrt, daß übermäßige
Rüstungen immer zu Kriegen führen. Aus Gründen der wirtschaft-
lichen Lage wird niemand bezweifeln, daß unser Land den letzten Krieg
verarmtes Volk keine schweren Rüstungen mehr tragen kann. In der
Präambel zu Teil 5 des Versailler Vertrages geht dem die Abrüstung
betreffenden Artikel eine Erklärung voraus, daß diese Maßnahme zur
Erreichung einer allgemeinen Abrüstung getroffen wird und bekannt-
lich haben am 18. Juni 1919 die Vertreter Deutschlands und der
alliierten Mächte einen Schriftwechsel geführt, aus dem in durchaus
klarer Weise hervorgeht, daß die Abrüstung Deutschlands ein Beispiel
zu einer planmäßigen allgemeinen Abrüstung sein soll, wie dies auch
ausdrücklich durch das Protokoll von Locarno vorgegeben ist. Auf Grund
der erwähnten Vereinbarungen hat das deutsche Volk vollkommen ab-
gerüstet und seine Streitkräfte reichen zur Garantierung einer nationalen
Sicherheit im Sinne des Artikels 8 des Völkerbundespaktes nicht mehr
aus, eine Bestimmung, die andererseits alle Mitglieder des Völkerbun-

des zur Abrüstung verpflichtet. Unser Ziel wird erreicht werden können
bei guten Willen aller Regierungen, die Formeln zu finden haben
werden, welche die Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen erwid-
rigen sollen. Dieses Ziel wird nach unserer Ansicht um so leichter
zu erreichen sein, je mehr die Vertreter die Zahl der zu behandelnden
Fragen begrenzen. Der uns vorgelegte Fragebogen behandelt viele und
interessante Fragen, die aber nicht alle für die Lösung des Problems
unbedingt erforderlich sind. In allen Erörterungen des Völkerbundes spielten
Sicherheit, Schiedsgericht und Abrüstung eine große und bedeutsame
Rolle. Die Fragen Sicherheit und Schiedsgericht sind wesentlich geför-
dert worden. Es ist jetzt der Zeitpunkt zur Erreichung einer all-gemeinen
Abrüstung gekommen. Die Initiative der deutschen Regierung, die
zum Locarnoabkommen geführt hat, kennzeichnet unsere Außenpolitik.
Diese ist, wie ich hier erneut feststelle, völlig vom Geiste des Vertrages
von Locarno getragen. In dem gleichen Geiste müssen wir an die
Lösung der Abrüstungsfrage herangehen, der wichtigsten Frage, die der
Völkerbund jemals zu lösen haben wird. Ohne Abrüstung wird der
Völkerbund niemals erfolgreich arbeiten können. Solange gefährdete
Völker anderen gegenüber stehen, deren Rüstungen nicht einmal zur
eigenen Sicherheit ausreichen, wird die Durchführung der Völkerbunds-
sanktionen erheblichen Schwierigkeiten begegnen. Deutschland, das seine
Verpflichtungen zur Abrüstung vollständig erfüllt hat, darf mit gutem
Rechte erwarten, daß die anderen Nationen ihm auf diesem Wege fol-
gen werden, woraus sich für Europa, ja für die ganze Welt ein
Fortschritt dauernder Befriedigung und gegenseitigen Vertrauens er-
geben wird.

Brasilien lenkt ein

Berlin, 19. Mai. Wie die Morgenblätter aus Genf mel-
den, haben nach Abschluß der Beratungen des Prüfungsausschusses
für die Zusammenfassung des Völkerbundesrates noch politische Be-
sprachungen zwischen dem Botschafter von Hösch und dem brasili-
anischen Vertreter Montarroyos stattgefunden. Montarroyos hat
kurz vor der Abreise des deutschen Botschafters diesen ausgesucht
und ihn über die brasilianische Haltung in der Ratsfrage im Auf-
trage seiner Regierung Mitteilungen gemacht, die den durch die
günstigen Erklärungen des brasilianischen Vertreters bereits hervor-
gerufenen günstigen Eindruck von den Absichten Brasiliens hinsicht-
lich seiner zukünftigen Haltung zur Frage des Eintritts Deutschlands
in den Völkerbundrat noch wesentlich zu bekräftigen geeignet sind.
Bei der Abfahrt des Botschafters aus Genf war der brasilianische
Gesandte auf dem Bahnhof anwesend, um sich von Herrn v. Hösch
zu verabschieden.

Eine gemeinsame Erklärung der Regie- rungsparteien zur Flaggenfrage

Berlin, 19. Mai. Zu der heutigen Regierungserklärung
schreibt die „Germania“, daß bei den Besprechungen der Regierung-
sparteien über die Regierungserklärung die Frage Gegenstand längerer
Verhandlungen gewesen sei, in welcher Form die Flaggen-
angelegenheit behandelt werden solle. Trotz der Gegensätze zwischen
der Volkspartei und den Demokraten sei es gelungen, sich auch
in dieser Frage auf eine befriedigende Formulierung zu einigen.
Es seien Bestrebungen im Gange, dem Standpunkt der Regierung-
sparteien durch eine gemeinschaftliche Erklärung zum Ausdruck zu
bringen. Ob dieser Gedanke verwirklicht werden könne, hänge
davon ab, ob zwischen der Deutschen Volkspartei und den Demo-
kraten ein Einverständnis erzielt werden kann. Das Zentrum
widersteht sich einer solchen Absicht nicht. Die Frage, ob die Re-
gierungsparteien ein Billigungsvotum einbringen oder nicht, dürfte
erst im Laufe des heutigen Morgens entschieden werden.

Die Schuld am Zusammenbruch des Krieges.

Die Matrosenmeuterei vor dem Unter-
suchungsausschuß.

† Berlin. Der Untersuchungsausschuß des Reichstages,
der die Aufgabe hat, über Schuld oder Unschuld beim Zusam-
menbruch des Krieges zu urteilen, hatte sich zu einer Sitzung
versammelt, in der das Gegenreferat gegen die Broschüre des
sozialdemokratischen Abgeordneten Dittmann erstattet



Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die im folgenden niedergelegten Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt genau innezuhalten.

Von der „Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen“ haben wir bis heute noch nichts gemerkt. Im Gegenteil, die Alliierten und ihre Trabanten befinden sich geradezu in einem Rüstungstau, der jedes Maß und jede Grenze verloren hat. Sprechen wir gar nicht von Frankreich, das heute eine Armee von fast 900 000 Mann unter Waffen hält, viel augenscheinlicher wird der Rüstungswahnsinn, wenn wir uns vor Augen halten, daß ein Land wie Polen ungefähr 300 000 Mann, die Tschechoslowakei 130 000 Mann und außerdem drei Fliegerregimenter mit 400 Flugzeugen, Jugoslawien 200 000 Mann und Italien etwa 320 000 Mann ständig unter Waffen hat. Im ganzen steht nach ungefähre Berechnung den besiegten Staaten Österreich, Ungarn und Deutschland mit zusammen 165 000 Mann eine Seeresmacht der Alliierten von rund 2 000 000 Mann gegenüber.

Zeit wäre es wirklich, wenn man jetzt endlich dem Gedanken einer Abrüstung ernstlich näherzutreten sollte. Schließlich kann ja auch Deutschland verlangen, daß die Bedingungen, die die Alliierten durch den Versailler Vertrag auf sich genommen haben, erfüllt werden, zumal sie selbst ja in geradezu kleinlicher Weise darüber gewacht haben, daß Deutschland auch ja nicht einen Mann mehr, als im Vertrage vorgeschrieben war, unter Waffen hat. Verdienen können es uns die anderen Länder tatsächlich nicht, wenn wir mit reichlicher Steifheit den Verhandlungen in Genf folgen. Daß die jetzige vorbereitende Konferenz überraschende Ergebnisse zeigen wird, daran zu zweifeln, haben wir vollste Berechtigung. Schon jetzt liegt der Vorschlag des französischen Delegierten vor, der die Rüstung eines Landes in Beziehung zu seiner Einwohnerzahl und der Größe der Industrie und ihrer Hilfsmittel gestellt wissen will, und der vor allen Dingen die geographische Lage eines Staates oder die Tatsache, daß ein Staat von gerüsteten und feindlichen Mächten umgeben ist, berücksichtigt wissen will. Der Zweck dieses Planes ist offensichtlich, denn diese Bedingungen wird in erster Linie Frankreich für sich verlangen und darin erwünschte Vorwände finden, um seine Armee zum mindesten auf der alten Stärke zu erhalten.

Dr. M.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsitz. (Gestohlen) wurde am 18. 5. 26 aus der offenen Hauseinfahrt eines hiesigen Gasthofes ein noch gut erhaltenes Herrenjahrrad, Marke „Görcke“, Nr. G. 639 896, schwarzer Rahmen, gelbe Felgen, rote Drahtbereifung, englischer Lenker mit Holzgriffen, Glocke mit den Buchstaben B. D. K., vorderes Schutzblech fehlt, ohne Satteltasche und ohne Handbremse, „Torpedo“-Freilauf. Personen, welche hierzu sachdienliche Angaben machen können, wollen dies der nächsten Gendarmerei- oder Polizeibehörde melden.

(Befreiung minder bemittelter Personen von der Aufwertungs- (Mietzins-) Steuer.) In verschiedenen Tageszeitungen ist anlässlich der Neuordnung der Aufwertungssteuer durch die Notverordnung vom 30. März 1926 (W. L. S. 81) darauf hingewiesen worden, daß die Befreiung einer Wohnung von der Aufwertungssteuer nach § 4 des Gesetzes über den Geldwertausgleich bei bebauten Grundstücken in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 1926 auf Antrag dann einzutreten habe, wenn das Jahreseinkommen des nutzungsberechtigten Wohnungsinhabers und der seinen Haushalt teilenden Personen weniger als 2800 M beträgt. Diese Auffassung ist irrig. Nach der Notverordnung sind vielmehr diejenigen Wohnungen frei, deren Bewohner zusammen nur ein Einkommen haben, das Lohnsteuerfrei ist oder Lohnsteuerfrei wäre, falls die Lohnempfänger wären. Diese Regel erfährt jedoch eine Ausnahme, wenn anzunehmen ist, daß das Jahreseinkommen 2800 M übersteigt. In diesem Falle tritt die Befreiung selbst dann nicht ein, wenn nach den Vorschriften des Lohnsteuergesetzes Lohnsteuerfreiheit besteht. Die Vorschrift ist also z. B. in solchen Fällen anzuwenden, in denen der Nutzungsberechtigte zwar wegen besonderer Umstände vorübergehend kein oder nur ein der Einkommensteuer (Lohnsteuer) unterliegendes Einkommen gehabt hat, so daß an sich für 1 Monat oder 1/4 Jahr Befreiung auszusprechen wäre, trotzdem aber für eine Befreiung kein Grund vorliegt, weil nach der Art seiner Beschäftigung mit Sicherheit darauf zu rechnen ist, daß er im Laufe eines Jahres 2800 M Einkommen hat.

Dresden. (Sächsischer Einspruch gegen die Flaggenverordnung.) Die sächsische Regierung hat ihre Vertreter beim Reichsrat angewiesen, sich dem preussischen Einspruch gegen die Flaggenverordnung anzuschließen.

Dresden. (Wo bleibt da der Rohrstock?) Den „Dr. Nachr.“ wird aus Plauen i. V. geschrieben: „Am Sonnabend nachmittags fand hier eine von etwa 70 jugendlichen besuchte Kinderversammlung statt, in der ein 12-jähriger Berliner Schuljunge als Vertreter des jungen Spartakusbundes über das Thema „Abschaffung der Prügelstrafe“, ferner „Heraus mit dem Religionsunterricht aus der Schule“ und endlich über die Elternratswahlen sprach. Der Vortrag vorausgegangen war ein Umzug der Kinder unter Vorantritt von musizierenden Schülern; in dem Zuge wurden Plakate getragen mit den Inschriften: „Wir wollen die Wahrheit wissen!“ und „Was wir wollen!“

Dresden. (Mieter und Mietzinssteuer.) Der Allgemeine Mietbewohnerverein Dresden übersendet uns folgende Entschlieung: Die am 11. Mai im Palmengarten versammelten Vertreter von 30 000 organisierten Mietern Dresdens haben zu der jetzt erfolgten Veröffentlichung des Verbandes der sächsischen Grund- und Hausbesitzervereine in der Tagespresse zur Mietzinssteuer folgende Entschlieung einstimmig angenommen: Die Mietzinssteuer, soweit sie zur Deckung der allgemeinen Verwaltungsbedürfnisse von Staat

wurde. Dittmann hat im Januar in zwei öffentlichen Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses eine Broschüre verlesen, in der er zunächst als Kläger, Richter und Schuldiger in einer Person sich selbst gegen den Vorwurf zu verteidigen versuchte, daß er und mit ihm die Abgeordneten der U. S. P. D. im Jahre 1917 den politischen Anstoß zu den Marinemeutereien gegeben hätten.

Dittmann wählte für diese Selbstverteidigung den Weg, die Marinemeuterei als unschuldige Opfer der Marineoffiziere und Verhandlungsführer in den Prozessen, als Opfer von Vorkriegs- und als Opfer eines Justizmordes hinzustellen. Gleichzeitig versuchte er aber eine „Meuterei der Admirale“ im Jahre 1918 zu konstruieren, und zwar im Zusammenhang mit den Vorgängen kurz vor dem Waffenstillstand. Er behauptete, daß die Admirale gegen den Befehl der damaligen Reichsregierung die Flotte noch einmal hätten ins Feuer führen wollen, und daß die Matrosen sich dagegen aufgelehnt hätten und diese „Meuterei der Admirale“ dadurch verhindert hätten. Dittmanns Referat wurde als an-

und Gemeinden erhoben wird, ist ihrer ungerechten und brutalen Auswirkungen wegen entschieden zu verwerfen und mit Beschleunigung zu befeitigen. Die gesetzliche Miete dagegen, die der Hausbesitzer derzeit erhält, ist zur ordnungsgemäßen Bewirtschaftung und Instandhaltung der Häuser nicht nur völlig unzureichend, sie schießt vielmehr in zahlreichen Fällen bereits eine sehr namhafte Rente ein. Es wird daran erinnert, daß die Aufwertungssteuer den Hausbesitzern die Befreiung von 1/4 ihrer Schulden auf Kosten der Hypothekengläubiger gebracht hat. Gegen das Bestreben der Hausbesitzer noch immer höhere Mieten erheben die infolge Arbeitslosigkeit und bitterster Existenznot ums tägliche Brot schwer ringenden Volksschichten entschiedensten Protest. Sollten die plumpen Drohungen der organisierten Grundbesitzer zu den angekündigten Ausschreitungen führen, so könnte die Erregung der Mieterschaft darüber Steigerungen erfahren, die den Wirtschaftskampf noch mehr verschärfen. Landtag, Regierung und Behörden mögen deshalb dafür sorgen, daß die angedrohten „unbedachten Handlungen“ der Hausbesitzer im Keime erstickt werden.

Dresden. (Zur Spaltung der Sozialdemokratischen Partei.) Der Landesarbeitsausschuß der SPD. Sachsen wendet sich wegen der 23 in einem Aufruf an die Parteigenossenschaft. Es heißt darin: „Nachdem nun die Dreißigstündigkeit trotz allen gegenseitigen Versicherungen, die sie auch in der letzten Parteiaussschussung noch abgaben, den Strich zwischen der Partei und sich gezogen haben, setzt sich jeder Parteigenosse, der sich durch Einberufung von Sonderkonferenzen, Zustimmung zu ihren Beschlüssen, Werbetätigkeit in der Partei für ihre Bestrebungen in der Dienst der Parteipalter stellt, den Folgen des Organisationsstatuts aus, nach dem bei solchem Verhalten sofortiger Ausschluß aus der Partei verfügt werden kann. Der Parteivorstand wird mit aller Entschiedenheit jedem Versuch begegnen, die Einheit der Partei zu zerbrechen. Der gesunde Sinn der Parteigenossenschaft wird es nicht zulassen, die mit so vielen Opfern aufgebaute sozialdemokratische Organisation, die das einzige Bollwerk gegen reaktionäre Bestrebungen ist, zu zertrümmern.“

Dresden. (Eine Eingabe des Wikingbundes.) Der Landesleiter des Wikingbundes in Sachsen, v. Klinger, hat, um zu verhüten, daß der Bund wie in Preußen auch in Sachsen verboten werde, eine Eingabe an das sächsische Ministerium des Innern gerichtet, in der erklärt wird: 1. Der Wikingbund enthält sich jeder monarchistischen Propaganda, geschweige denn, daß er sich monarchistischer Umtriebe schuldig macht, er vermischt diese laut Programm des Kapitäns Ehrhardt. 2. Der Wikingbund besitzt keinerlei Waffen. 3. Der Wikingbund hat keinerlei Aufmarschpläne, seien sie offensiver, seien sie defensiver Natur gegen Umsturzpläne von links. 4. Der Wikingbund betreibt keinerlei militärische Übungen irgendwelcher Art. 5. Der Wikingbund steht mit der Reichswehr oder Polizei in keinerlei Verbindung. 6. Der Wikingbund wird nur in Erscheinung treten, wenn Reichswehr und Polizei, die Nachmittels des Staates, um dessen Autorität durchzusetzen, nicht mehr ausreichen sollten, und der Bund von diesen ausdrücklich gerufen wird.

Röhschenbroda. (Die ersten Erdbeeren.) Die ersten reifen Erdbeeren in diesem Jahre sind am Sonntag in dem Berggrundstück der Hohenzollernstraße gefunden worden.

Dippoldiswalde. (Sängerfest.) Die Vertreterversammlung der Gruppe Dippoldiswalde vom Sächsischen Elbgaujüngerbund angehörenden Vereine beschloß einstimmig, das diesjährige Gruppenfest am 12. September in Rabenau abzuhalten. Für 1927 erbot sich Delja zur Übernahme des Festes.

Rossen. (Verkauf der Steyermühle an den „Vorwärts“.) Der „Waldheimer Anzeiger“ erfährt von zuverlässiger Seite, daß der Verlag des sozialdemokratischen „Vorwärts“ in Berlin die Steyermühle an der Freiburger Mulde zwischen Siebenlehn und Rossen erworben hat. Der „Vorwärts“ will in dieser großen Papierfabrik sein Zeitungspapier selbst erzeugen und etwa 200 Arbeiter darin beschäftigen.

Zum bevorstehenden Volksentscheid.

Die fürstlichen Kapitalien und sonstigen Werte.

Wie die Hohenzollern die erwähnten 88 Millionen, so hat z. B. das Schwarzburgische Haus 55 Millionen Privatvermögen verloren, Mittelbacher u. a. das als Clementinum bezeichnete Geldvermögen in Höhe von 8 Millionen, das fürstliche Haus von Wipperfurth 4 Millionen Privatvermögen, das königliche Haus von Württemberg etwa 20 Millionen. Der im Ausland einst sehr begüterte Fürst von Schaumburg-Lippe verlor das Vermögen fast ganz durch den Krieg, Inflation und feindliche Beschlagnahme. Der Herzog von Sachsen-Meiningen büßte infolge des Krieges die weltberühmte Villa

geblich amtliche Broschüre des Untersuchungsausschusses veröffentlicht.

Der Korreferent, der deutsch-volksparteiliche Abgeordnete Admiral Brüninghaus, hat nun inzwischen mit mehreren Mitarbeitern das Aktenmaterial, das Dittmann über ein Jahr lang zur Verfügung gestanden hatte, sorgfältig durchgearbeitet. Er hat festgestellt, daß Dittmann die Akten mit einer ganz üblen Verdrehung benutzt hat. Brüninghaus hat eigentlich jeden Versuch einer Beweisführung von Dittmann als Fälschung nachgewiesen. Dieses Referat machte auf den Untersuchungsausschuß sehr starken Eindruck. Im übrigen bewies Brüninghaus durch zahlreiche Zeitungsartikel und durch Broschüren von Matrosen und sogenannten unabhängigen Abgeordneten, daß bis zum Jahre 1922 weder die Genossen, noch die Abgeordneten, einschließlich Dittmann, irgendeinen Zweifel an dem engsten Zusammenhang zwischen der U. S. P. D. und der Marinemeuterei gelassen haben. Brüninghaus wird sein Referat, das sich auch noch eingehend mit den Vorgängen im Jahre 1918 beschäftigt, in einer anderen Sitzung weiter verlesen.

Charlotta am Comer-See und die wertvolle Villa La Foret in Cannes ein. Was infolge der Revolution an Nutzgrundstücken von den Fürstenhäusern auf die Staaten überging, läßt sich nicht nachprüfen; für Preußen werden 43 Grundstücke gezählt, deren Wert, soweit feststellbar, 35 Millionen beträgt. Dazu kommen die Sammlungen und Kunstwerke, die an die Staaten fielen. Sie sind in Geld schwer abzuschätzen; in Mecklenburg z. B. mögen es 9 Millionen sein, in Preußen vielleicht das 20fache. In Sachsen fiel der weltberühmte Dresdener Kunstbesitz an eine „Kulturstiftung“. Schließlich haben überall die Staaten die Theater und deren Fundus übernommen; das sind Millionenwerte, aber auch hohe Kosten — und aus bevorzugten Hofbühnen sind Provintheater geworden. — Aber was nutzen alle Bezirke, wenn der Staat eintritt und der Reich nachrechnet, und eine gewissenlose Hege die Bittern säßt.

Haben nun — das ist die entscheidende Frage — die Länder den Fürstentümern irgend etwas gegeben? — Nein, nirgendwo. In allen Fällen nahm der Staat. In allen Fällen gab das Fürstentum, Privatvermögen an den Staat und zwar meistens das Meiste Staatsvermögen hat in keinem Fall ein Fürst gefordert oder erhalten. Wo Geldbeiträge oder Renten vereinbart wurden, stellten sie einen geringen Bruchteil des Grundbesitzes und der anderen Werte dar, die aus früherem Privatbesitz auf den Staat übergingen und wertvollere abließen sind.

Beratung des Reichskabinetts über die Regierungserklärung.

Berlin. Das Reichskabinetts trat zu einer Sitzung zusammen, um die Formulierung der Regierungserklärung, die der Reichskanzler im Reichstag abgeben wird, zu beraten. Die Regierungserklärung wird äußerst kurz sein und die Flaggenfrage nur so weit berühren, als die Einführung einer Einheitsflagge wünschenswert erscheint.

Nach der Kabinettsitzung hat der Reichskanzler die Parteiführer empfangen, um ihre Stellungnahme auf Grund der Regierungserklärung zu erfahren.

Das Programm des Reichstages.

Berlin. Nach einem Beschluß des Ältestenrates des Reichstages wird Mittwoch in einer Sitzung der Nachtragsetat für 1925 erledigt werden; in einer zweiten Sitzung wird die Regierungserklärung entgegengekommen und gleichzeitig in die Aussprache eingetreten werden. Die Abstimmungen über eventuell einzubringende Vertrauens- oder Mißtrauensanträge sollen gleichfalls vorgenommen werden. Das Haus wird dann in die Pfingstferien eintreten, die bis einschließlich 6. Juni dauern sollen.

Das deutsch-schwedische Handelsabkommen.

Berlin. Der neue deutsch-schwedische Handelsvertrag enthält den üblichen Text über die Meistbegünstigung. Deutschland hat ein besonderes Zugeständnis damit erreicht, daß künftig die Nachprüfung des Feingehalts bei Warenproben für Edelmetallwaren fortfällt. In den Abmachungen über den Zolltarif hat Schweden Deutschland Zollfreiheit für Kartoffeln, lebende Gewächse, unbearbeitetes Pelzwerk, Bücher und Glasfäden zugestanden.

Sehr wichtig ist, daß in dem neuen deutsch-schwedischen Handelsvertrag auch Ermäßigungen für diejenigen Sätze für landwirtschaftliche Erzeugnisse des deutschen Tarifs zugestanden sind, die vom 1. August 1926 ab nach dem geltenden kleinen Zolltarif wesentlich erhöht werden sollten.

Mussolini verstärkt die Diktatur.

Ein Gesetz gegen Aussperrung und Streik. Ein Rom. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird der italienische Diktator Mussolini in den nächsten Tagen in einer besonderen Botschaft das Ende des liberalen Staates und den Beginn einer neuen faschistischen Ära des sozialen Friedens ankündigen. Mussolini versteht unter sozialem Frieden einen durch diktatorische Gesetze gesicherten Arbeitsverkauf. Er wird ein Syndikatgesetz herausbringen, das der Billigung des Ministerrates sicher ist.

Nach dem neuen Gesetz werden Streik und Aussperrung verboten und als Strafovergehen geahndet. Die Syndikate müssen juristisch anerkannt sein und unterstehen dem unbedingten behördlichen Schiedsspruch. Es gibt künftig nur noch 15 große nationale Vereinigungen, die in drei Hauptverbände zusammengefaßt sind.

Die neue Gesetzgebung Mussolinis, die nicht zuletzt aus den Streiks in den westlichen Ländern, in Deutschland und schließlich aus dem englischen Generalstreik ihre Lehren gezogen hat, glaubt mit dem scharfen Verbot von Streik und Aussperrung ein Mittel gegen die Störung des Arbeitsfriedens gefunden zu haben. Künftig wird also nicht nur jeder Arbeiter, der sich weigert, die ihm übertragene Arbeit auszuführen, gerichtlich belangt werden, sondern auch jeder Arbeitgeber, der einen Arbeiter aussperrt, sich vor den Gerichten zu verantworten haben. So sichert Mussolini sozialen Frieden.

Eine Gegenregierung gegen Pilsudski.

Regierungstreue Armeen belagern Warschau.

Warschau. Die Aufregung in der polnischen Hauptstadt, die durch den Kampf der regierungstreuen Truppen gegen Pilsudski verursacht war, legt sich allmählich, und das Interesse wendet sich mehr der bevorstehenden Einberufung der Nationalversammlung zu. Die rechtsparteilichen Führer protestieren scharf gegen Einberufung der Nationalversammlung und haben aus Posen, ihrem Hauptquartier, an den Sejmarschall ein Telegramm geschickt, in dem sie sich gegen das Regiment Pilsudski wenden.

In Posen haben die Gegner Pilsudskis eine Armee zusammengezogen. Fünfzehn Kilometer westlich von Warschau stehen die aus dem Posener Gebiet gegen Warschau vorgerückten regierungstreuen Truppen der Regierung Witos und haben mit der Front gegen Warschau Kampfstellung bezogen. Auch General Haller ist mit seinen Truppen, die auf 27 000 Mann geschätzt werden, bereits in Fühlung mit den Truppen Pilsudskis getreten. General Haller will einen geschlossenen Widerstand gegen Pilsudski organisieren.

Die Zahl der Opfer bei den Warschauer Straßenkämpfen beläuft sich nach amtlicher Mitteilung aus Krakau auf 300 Tote und 1000 Verwundete. Daneben verlautet aber, daß es in Wirklichkeit 600 Tote und 2400 Verwundete sind.

Marshall Pilsudski

ist der führende Mann in Polen. Er steht im 60. Lebensjahre. Pilsudski entstammt einem altpolnischen Adelsgeschlecht und hat eine bewegte Vergangenheit hinter sich. Schon als Student wurde er wegen politischer Umtriebe von der Universität verwiesen. Als Zwanzigjähriger erhielt er eine Verbannungstrafe von fünf Jahren, die er in Sibirien verbüßte. Zehn Jahre später kam er ins Gefängnis nach Petersburg, aus dem er entfloh. Von da an war er der tätige Förderer der Vorbereitung der russischen Revolution. 1906 gründete Pilsudski die Kampforganisation der Sozialdemokraten in Lemberg und Krakau. 1914 kämpfte er als Kommandeur in den polnischen Legionen gegen Rußland. 1917 war er Mitglied des provisorischen Staatsrats in Warschau. Auf Antrag der deutschen Okkupationsbehörden wurde er, da er die Eidesverweigerung der Legionen organisierte, in Magdeburg interniert. Als er 1918 nach Polen zurückkehrte, wurde er zum Staatsoberhaupt berufen. Diese Stellung hatte er bis 1922 inne. Im ganzen Volke genoß er große Verehrung. Die Armee ehrte ihn durch Verleihung des Marschallstabes.



General Haller.



Marshall Pilsudski.

General Haller

ist der schärfste Gegner Pilsudskis. Er organisiert den Widerstand der regierungstreuen Truppen. General Haller war österreichischer Offizier. Während des Krieges geriet er in russische Gefangenschaft. Allgemein behauptet man, daß er hinterher gelassen ist. Auch für Rußland fought

er nicht lange, sondern suchte Anschluß zur Entente und wurde an die Spitze der polnischen Soldaten gestellt, die sich zu einer stattlichen Armee entwickelten. 1922 wurde er Militärdiktator für Ostgalizien und leitete dort die Aushebung für die polnische Armee. Haller ist Nationaldemokrat und als solcher größter Feind der Sozialdemokratie.

Erkrankung Pilsudskis.

Warschau. Wie mitgeteilt wird, ist Pilsudski erkrankt. Er leidet an starker Nervosität und Erschöpfung. Pilsudski muß das Bett hüten und hat an keinen Beratungen teilgenommen.

Aus der Welt.

Weißenfels a. d. Saale. (Ein Schildbürgerstreich der Polizei in Weißenfels.) Am Himmelfahrtstag fand hier ein Gardeappell statt, zu dem sich ca. 2000 alte Gardisten eingefunden hatten. Der Verband vereinte die Teilnehmer zu einem Festkommerz, bei dem verschiedene alte Generäle Ansprachen hielten. Am darauffolgenden Vormittag fand eine Kundgebung vor dem Bismarckdenkmal statt, bei der Hosprediger Dr. Vogel die Festpredigt hielt. Nachmittags versammelten sich die Festteilnehmer zu einem großen Festzug. Beim Abmarsch trat jedoch ein Offizier der Schutzpolizei auf, der verlangte, daß sämtliche Schirme und Stöcke abzugeben seien, auch von der großen Zahl der über 70 Jahre alten Veteranen. Die alten Kameraden gingen aus diesem Anlaß direkt wieder zur Bahn, um wieder abzureisen, während die übrigen ihre Schirme und Stöcke gebündelt auf den Schultern zum Vereinslokal trugen. Der Umzug fand durch diese Störung nicht statt. Aber ein kommunistischer Umzug konnte am selben Tage in Weißenfels ungehindert abgehalten werden.

Die Uberschwemmungen in Oberitalien.

Rom. Zu den Uberschwemmungen in Oberitalien wird noch gemeldet: Der Po ist von 2,25 auf 5,90 Meter gestiegen. Auch die Etsch hat einen seit 1882 nicht mehr beobachteten Wasserstand erreicht und mehrere Ortschaften überschwemmt. Bioniere und Milizsoldaten sind bei dem Rettungswert tätig. Menschenleben sind bisher nicht zu beklagen. In der Gegend von Padua ist der Fluß aus den Ufern getreten, ebenso bei Vicenza. Die Brücke von Corna wurde von den Fluten fortgerissen, wodurch der Zugverkehr von Tseo nach Cado unterbrochen wurde.

Das Kraftwerk von Marruno wurde durch einen Dammbrech unter Wasser gesetzt. Ein Milizsoldat, der in ein bedrohtes Gebäude des Werkes eindringen wollte, wurde von dem zusammenstürzenden Bau getötet. Tseo ist vollständig überschwemmt und vom Verkehr abgeschnitten. Für den Bezirk wurde ein außerordentlicher Lebensmittelkommissar eingesetzt. In der Küste von Genua, wo das Wetter am heftigsten niederging, sind die Telegraphen- und Telephonverbindungen unterbrochen. Bei Mondovi ist die erst im Jahre 1900 erbaute fünfbogige Brücke eingestürzt.

Tödlicher Flugzeugabsturz. Aus London wird gemeldet: Bei dem Absturz eines Militärflugzeuges in der Nähe von Andover fanden der Flugzeugführer und der Beobachter den Tod.

Sport Turnen Spiel

Die größte Werbeveranstaltung des Sächsischen Landesauschusses für Leibesübungen

in diesem Jahre, die am 30. Mai im ganzen Sachsenlande alle Leibesübungen Treibenden zu gemeinsamer Werbetätigkeit vereint und in den sächsischen Städten und Orten die Turner und Sportler zu großzügigen Feiern zusammenzuführen wird, erwartet schon heute das

regste Interesse aller Beteiligten und Fernstehenden. Die 10 großen Landesstaffeln, die aus den verschiedenen Teilen Sachsens nach Dresden führen und deren Durchführung alle Verbände gemeinsam übernommen haben, bilden den Rahmen für die Veranstaltungen in den Städten und Orten. Die örtlichen Feiern werden sich fast überall nach der Durchlaufzeit der Hauptstaffeln richten. Auch gegen 100 Nebenläufe, die in allen Gegenden in die Hauptstaffeln einmünden, werden rechtzeitig vor den Hauptläufen an ihrem Ziele eintreffen. — Der Werbeausschuß hat soeben den Laufzeitenplan für die Hauptstaffeln herausgegeben, dem wir folgendes entnehmen: Lauf 6 Vöbau—Dresden: Ab Vöbau 9,15; an Vöbau 10,18, ab Vöbau 10,33; an Bischofswerda 11,30, ab Bischofswerda 11,45; an Kamenz 12,39, ab Kamenz 12,52; an Pulsnitz 1,38, ab Pulsnitz 1,52; an Großröhrsdorf 2,15, ab Großröhrsdorf 2,27; an Radeberg 2,45, ab Radeberg 3,00; an Dresden (Albertplatz) 4,02, ab Albertplatz 4,06; an Kampfbahn 4,18. — Lauf 7 (Schneeläufer) Sayda—Dresden: Ab Sayda 9,00; an Deutsch-Georgenthal 9,50, ab Georgenthal 9,55; an Holzhausen 10,20, ab Holzhausen 10,25; an Hermsdorf 10,55, ab Hermsdorf 11,00; an Altenberg 11,45, ab Altenberg 11,55; an Geising 12,05, ab Geising 12,15; an Vahrenstein 12,35, ab Vahrenstein 12,45; an Liebenau 1,00, ab Liebenau 1,15; an Pirna 2,45, ab Pirna 3,00; an Dresden (Kärger Allee) 4,05, ab Kärger Allee 4,11; an Kampfbahn 4,18,5.

Breitensträter von dem Franzosen Francis Charles k. o. geschlagen.

Paris. Der Boxkampf zwischen Breitensträter und dem Franzosen Francis Charles, der am Dienstag abend im Wintervelodrom vor einer großen Menschenmenge stattfand, hat statt enttäuscht. Es waren 12 Runden vorgesehen, aber schon in der zweiten Runde wurde Breitensträter durch Francis Charles k. o. geschlagen. Breitensträter war sichtlich ermüdet und nicht in Form.

Europäischer Schwimmrekord. Bei einer Schwimmveranstaltung in Preßburg stellte der Ungar Barany im 100-Meter-Freistilswimmen mit 1:00,2 einen neuen ungarischen Rekord auf, der gleichzeitig die beste bisher in Europa erzielte Leistung darstellt.

Finnlands berühmter Weltmeister Paavo Nurmi, nach dessen Namen die internationalen Leichtathletikwettkämpfe des EC Charlottenburg am 2. Pfingstfeiertag im Deutschen Stadion benannt sind, wird am Sonnabend in der Reichshauptstadt eintreffen. Er kommt von Mainz per Flugzeug nach Berlin. Die Besetzung der einzelnen Wettbewerbe am Pfingstmontag im Stadion ist jetzt so ziemlich komplett. Das Hauptinteresse beanspruchen natürlich die Rennen, an denen der Finnländer teilnimmt. Sehr zu begrüßen ist, daß Dr. Pelzer-Stettin seine Teilnahme am 1500-Meter-Lauf gegen Nurmi so gut wie zugesagt hat. Aus dem Reiche entsendet der V. f. V. Leipzig eine Mannschaft mit dem guten Sprinter Wege an der Spitze.

Deutsche Rennfahrer in Kopenhagen. Die am Sonntag auf der Kopenhagener Odrupbahn vorgesehene Amateurrennen, an denen auch Oskar Müllert teilnahm, fielen der Ungunst der Witterung zum Opfer. Das 35-Kilometer-Rennen mußte bei 5000 Meter, als Oskar Müllert und Willi Hansen an der Spitze lagen, abgebrochen werden. Am 2. Pfingstfeiertag gehen auf der Odrupbahn die Berliner Berufsfahrer Stolz, Behrend, Erleben und Meinas an den Start.

Die Hannoverische Musterturnschule hat vom österreichischen Unterrichtsministerium eine Einladung zu einem Besuch Österreichs erhalten, gleichzeitig ist ihr Leiter Loges zu einem längeren Lehrgang für österreichische Turnlehrer und Turnlehrerinnen aufgefordert worden. Die Zusage ist bereits erfolgt.

Norden-Nordwest (Berlin) schlägt V. f. N. Köln 2:1 (0:0). Das noch ausstehende Vorrundenspiel zur Deutschen Meisterschaft zwischen dem westdeutschen Meister Verein für Rasenspiele Köln und dem Berliner Abteilungsmeister Norden-Nordwest wurde im Kölner Stadion ausgetragen. Es war ein harter Kampf zweier gleichwertiger Mannschaften, in dem das Glück eine entscheidende Rolle spielte. Trotz angestrengtester Bemühungen fiel auf beiden Seiten in der ersten Sporthälfte kein Tor. Schließlich wurde aber die Mühe der aufopfernd spielenden Berliner Norden-Nordwestmannschaft belohnt und mit 2:1 verließen diese als Sieger den Platz. Damit ist auch der dritte westdeutsche Vertreter — jetzt nun auch der Meister — aus dem weiteren Wettbewerb um die deutsche Fußballmeisterschaft ausgeschlossen.

Sonne und Mond.

19. 5. Sonne: V. 4,01, H. 7,52. Mond: V. 10,34, H. 1,24.

Die Rothersteins.

37] Roman von Erich Ebenstein.

Deutscher Provinz-Verlag, Berlin W. 66. 1925.

Wohin ging sie? Der Gedanke beschäftigte ihn den ganzen Tag über und regte ihn förmlich auf. Wie konnte Gertha dies zulassen? Es war doch gar nicht passend, daß sie so allein herumstreife; man konnte ja gar nicht wissen, was für Begegnungen sie dabei hatte! —

Sie war jung und schön, dabei ganz unerfahren. Wie leicht konnte irgend ein gewissenloser Fänt ihr Vorheiten in den Kopf setzen . . .

Zuletzt redete er sich ein, seine Pflicht als Vormund gebiete ihm, den Dingen vorerst einmal auf den Grund zu gehen, ehe er mit Gertha sprach oder weitere Maßregeln traf.

Am nächsten Morgen war er mit Tagesanbruch auf und stand lauernd am Fenster, von wo aus er die Haustür im Auge hatte.

Wirklich dauerte es gar nicht lange, so öffnete sich diese, und Do, in ein warmes Wolltuch gehüllt, schlüpfte heraus. Sie nahm den Weg nach dem Wirtschaftshof.

Rüdiger beschloß sofort, ihr zu folgen. Noch lag Dämmerung über dem Tal, und im Schloß selbst schließ noch alles. Aber drüben im Wirtschaftshof herrschte schon reges Leben. Der Meier wies den Leuten die Tagesarbeit an. Die Wagen für die Feldarbeit wurden bespannt, und im Kuhstall, wo noch Licht brannte, molken Mägde die Frühmilch. Rüdiger achtete nicht sehr auf dies alles, sondern wollte eben nach dem rückwärtigen Hoftor, durch das Do, wie er glaubte, gegangen sein müsse, als er ihre Stimme plötzlich aus dem Kuhstall vernahm.

Zimmer noch der Meinung, sie sei nur für einen Augenblick dort eingetreten, trat er rasch in den dunklen Schatten eines offenen Schuppens und wartete, bis sie weitergehen würde.

Aber sie kam erst aus dem Stall, als zwei Knechte in einem bligblanten Holzbottich die Morgenmilch herausgeschafften und folgte ihnen in die Milchammer.

Gleich darauf rasselte der Wagen mit den großen Blechkannen dort vor, und Rüdiger beobachtete erstaunt, wie Do jede Kanne, die man nun gefüllt auf den Wagen stellte, eigenhändig mit der Plombe versah und auf einem Täfelchen, das sie am Gürtel trug, notierte.

Dies dauerte etwa eine halbe Stunde. Dann winkte sie zwei Mägden.

„Nun rasch zur Gärtnerei! Wir sind heute schon ein wenig spät daran. Die Händler brummen sonst, wenn Martini nicht rechtzeitig mit den Lieferungen erscheint.“

Eine Viertelstunde später war sie wieder da und ließ unter ihrer Kontrolle Gemüse und Butter verladen. Dabei hatte sie für alle ein freundliches Wort, scherzte mit den Mägden und war dabei doch jeder Zoll vornehme und wachsame Gebieterin.

Als der Wagen endlich verschlossen werden konnte und abfuhr, wandte sich Do an die Obermagd: „Haben Sie die Eier schon abgezählt, die morgen zum Händler kommen sollen?“

„Nein, Komtesse . . .“

„Dann wollen wir es jetzt noch rasch gemeinsam tun, Trina, denn wer weiß, ob Sie später unter Tags Zeit dazu finden.“

Beide verschwanden in der Richtung nach dem Geflügelhof, wo sich eine Kühlkammer befand, in der die Eier aufbewahrt zu werden pflegten.

Rüdiger aber trat aus seinem Versteck und winkte dem Meier, der eben mit dem letzten Leiterwagen den Hof verlassen wollte.

„Was sind denn das für Sachen hier, Peter?“ frug er mit gerunzelter Stirn. „Seit wann und zu welchem Zweck besetzt sich die Komtesse mit Arbeiten, die der Mamsell zukommen?“

Der Alte traute sich verlegen hinter den Ohren. „Erlaucht wissen das nicht?“ sagte er endlich.

„Ich dachte, die Frau Gräfin hätten es Erlaucht mitgeteilt . . . Die Komtesse wollte auch nicht, daß darüber geredet würde . . .“

„Warum nicht?“

„Ich glaube, der Mamsell wegen. Anfangs, als die Miller Knall und Fall ging und niemand recht Bescheid wußte, hat die Frau Gräfin uns die Komtesse selbst hergeschickt. Und nachher blieb's eben so. Denn die neue Mamsell troch viel zu spät aus den Federn, so daß ich hier meine liebe Not hatte und alles der Obermagd hätte allein überlassen müssen. Da sagte die Komtesse, sie wolle die Oberaufsicht hier behalten, denn Mamsell Wender hätte wirklich im Schloß drüben Arbeit genug, und man könne nicht verlangen, daß sie so zeitig aufstehe. Sie aber, die Komtesse, sei's gewöhnt, und es sei ihr viel lieber, hier Arbeit zu tun, als die ganze lange Zeit bis zum Frühstück im Park herumzuschlendern. Nur brauche davon niemand was zu wissen, damit die Mamsell nicht Ungelegenheiten hätte. Und alles was wahr ist, Erlaucht: die Komtesse macht's zehnmal besser und gewissenhafter als alle Mamsells, die wir bis jetzt noch hier hatten.“

„Trotzdem sind das keine Arbeiten für eine Komtesse Rotherstein! Sie hätten sich das längst sagen und mich darauf aufmerksam machen müssen, Peter!“

„Nu, sehen Sie, Erlaucht, das ist mir, daß ich's frei heraus sage, wirklich nicht in den Sinn gekommen! Denn, sehen Sie, was die erste Frau von Seiner Durchlaucht war, die hat's nämlich genau so gehalten. Ich weiß es, denn ich bin damals schon als Halterbub auf Grafenegg gewesen. Dazumal hatten wir noch gar keine Mamsell. Da stand Ihre Durchlaucht jeden Morgen schon um vier hier im Hof, und kein Tropfen Milch und kein Ei kam heraus, ohne daß sie's kontrolliert hätte. Und akkurat so wie jetzt, seit die Komtesse hier zum Rechten sieht, war auch damals alles in musterhafter Ordnung, und wir nahmen trotz der niedrigeren Preise mehr ein, als später unter den Mamsellen. Haben Sie's denn nicht schon an den letzten Wochenrechnungen gemerkt, daß die Molkererprodukte und das Gemüse jetzt viel mehr einbringen als früher?“

„Ich fand noch nicht die Zeit, die letzten Rechnungen durchzusehen“, sagte Rüdiger und blickte verloren vor sich hin.

(Fortsetzung folgt.)

Bis zum Pfingstfest
gewähre ich auf sämtl. Artikel
in
Damen-, Herren- u. Kinderbekleidung
10 Proc. Rabatt!
Konfektionshaus
Rudolf Lederer, Radeberg
Bitte die Firma zu beachten!

Schwarz- haubentaube
weiße mit blauem Ring am rechten Fuß, entflohen.
Rietzschelstraße 5

Scheibenbüchse
Tesching
billig zu verkaufen
Lange Straße 36.

Verkaufe einen
neuen Anzug
sowie neuen
Sommer-Überzieher
meines verstorbenen Bruders.
Walter Mohr.

Pfingst-Ausflug
ist — nach
Hüttermühle
Radeberg

Schuhwaren
Mode-Herren- und Damen-Schuhe
in Lack, Nubuk, Leder, Leinen
schwarz, braun, grau, beige, blond
Turn- und Sport-Schuhe, Kinder-Schuhe
Denkbar größte Auswahl in allen Ausführungen!
Dr. Diel-Stiefel für leidende Füße!
Billigste Preise!
Kamenz Clemens Wehner
Salamander-Schuhhaus

Allerwelt Brand
das
Aufbau-
Kaffee-Getränk
GUT BIS ZUM LETZTEN
Kaffee-Fropfen
IN DEN KOLONIALWAREN- UND KAFFEEGESCHÄFTEN ZU HABEN
KOSTPROBE GRATIS
ROBERT BRANDT
MAGDEBURG + HAMBURG
GEGRÜNDET IM JAHRE 1862

Schlaf-Zimmer
Speise-Zimmer
Herren-Küchen
Betten, Schränke, einzelne Möbel
kaufen Sie zu niedrigsten Preisen im
altbewährten Möbelhaus von
Friedr. Kindler, Dresden-A.
Scheffelstraße 15 (früher 40 Jahre Scheffelstraße 5)

HALT
Der aufmerksame Ehemann
entlastet seine Frau an den Feiertagen von allen Mühen in Küche und Haushalt.
Er speist mit seiner Familie im Hotel „Schützenhaus“
Reichhaltige Mittags- und Abend-Karte
Preiswerte Weine
Gutgepflegte Biere

Warten Sie nicht
bis zum allerletzten Tag mit der Kundenwerbung für das Pfingstgeschäft, soll es zufriedenstellend ausfallen. Lassen Sie sich aber auch nicht durch die allgemeinen Klagen über die wirtschaftliche Lage davon abhalten, das zu tun, was jedem umsichtigen Geschäftsmann vor einem Feste als Selbstverständlichkeit gilt. Die Zeitungs-Anzeige wird in jedem Falle Ihr bester und tatkräftigster Mitarbeiter sein, insbesondere dann, wenn sie, wie durch das
Pulsnitzer Tageblatt
in allen Bevölkerungsschichten Eingang findet
Laden
mit Stube, Kammer u. Küche zu verpachten.
Großhändlerdorf. Durch Telefon Nr. 70.

Knecht i gute Stellung zu sofort. Antritt. Zu erfragen i. d. Geschäftsst.
Briefumschläge fertigen billigst
E. L. Försters Erben.

Deutschlands Handelsverträge.
Reichstag, 124. Sitzung vom 18. Mai.
In der heutigen Reichstagsitzung wurde über die zweite Lesung der Handelsabkommen mit Spanien, Portugal und Honduras, sowie über das Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsvertrag verhandelt. Dabei hielt der deutsch-nationale Abg. Lejeune-Jung eine Rede, der programmatische Bedeutung zukommt. Lejeune begrüßte den neuen Handelsvertrag mit Spanien, weil er Deutschland keine einseitigen Meißbegünstigungs-verpflichtungen auferlege und die Diskriminierung deutscher Ware durch Spanien grundsätzlich beseitige.
Die Wahrung des deutschen Exportinteresses
dürfe nicht durch Aufopferung der deutschen Landwirtschaft erkauf werden. Um so sonderbarer berühre die Kritik, die von demokratischer und sozialdemokratischer Seite an der Entsendung des Staatssekretärs Hagedorn vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft als Unterhändler nach Madrid geübt worden sei. Man spottete darüber, daß die Winger es verstanden hätten, ihre Interessen in den Mittelpunkt zu rücken. Bei anderen Handelsverträgen seien es die Pferdezüchter, die Obstgärtner oder Gemüsebauern, die Blumenkohl-, Spargel-, Kartoffel- und Tomatenzüchter. Man vergesse, daß jene kleinbäuerlichen Betriebe Werte produzierten, über deren Bedeutung sich die meisten nicht klar seien. Diese Güter hätten einen Wert von über zwei Milliarden Mark. Der Wert der landwirtschaftlichen Uerzeugung in der Vorkriegszeit werde mit 17 Milliarden Mark berechnet.
Nachdem dann noch der völkische Abg. von Graefe gegen die Verträge und der Kommunist Urbahns gegen die Sozialdemokraten polemisiert hatten, werden die Handelsverträge in zweiter und dritter Lesung gegen Kommunisten und Völkische angenommen. Gegen das französische Abkommen stimmen auch die Deutschnationalen. Der deutsch-estnische Konsularvertrag wird angenommen, das Abkommen über Zollleichterungen für Dänemark von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt die Beratung eines völkischen Antrags zur **Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik.** Der Rechtsausschuß schlägt Ablehnung vor.
Der völkische Abg. Kube weist auf den unerhörten Ausnahmezustand, der durch das Republikbeschutzesgesetz aufrechterhalten werde, hin. Die preussische Polizei tobe sich hemmungslos aus. Der Reichstag habe schon einen Antrag angenommen, das Republikbeschutzesgesetz aufzuheben. Mit einem allmählichen Abbau dürfe man sich aber nicht begnügen. In keinem Balkanstaat würden Minister geduldet werden, wie jene, die in Preußen die letzten Verhaftungen prominenter Persönlichkeiten vornehmen ließen. Kube protestiert gegen die beabsichtigte Zerstückelung der vaterländischen Verbände. Der Kommunist Rosenbergr stimmt dem völkischen Antrag auf Aufhebung des Schutzesgesetzes zu, lehnt die völkische Begründung aber ab.
Der deutsch-nationale Abg. von Freitagsh-Loringhoven teilt mit, daß die deutsch-nationale Fraktion dem völkischen Antrag zustimmen werde. Das Gesetz verstoße gegen das Rechtsgefühl, gegen jedes sittliche Empfinden und gegen die Verfassung. Die neue Putschmache zeige, welcher Mißbrauch mit dem Gesetz getrieben werden könne. Die Putschaktion habe bewiesen, daß das Republikbeschutzesgesetz der Ältesten des Systems Geering sei.
Der Fraktionsführer der Volkspartei, Scholz, stellt fest, daß sich seine Freunde im Rechtsausschuß gegen den Antrag wandten. Die Vorgänge seien ein grober Mißbrauch gegen die gesetzlichen Bestimmungen. Scholz fordert Rückverweisung der Angelegenheit an den Ausschuß.
Dann wird der kommunistische Antrag an den Rechtsausschuß zurückverwiesen. Das Haus verlag sich auf Mittwoch 12 Uhr zur Beratung des Nachtragsstats. Um 2 Uhr soll die Regierungserklärung verlesen werden.

Handel.
Berliner Börse vom Dienstag.
Aus den Kreisen des Publikums und zum Teil auch aus dem Auslande, so besonders aus der Schweiz für Elektrizitätswerte, lagen bei Beginn des Verkehrs ziemlich umfangreiche Kaufaufträge vor, die zu einer weiteren, teilweise ganz erheblichen Besserung des Kursniveaus führten.
Amthliche Devisen-Notierung.

Devisen (in Reichsmark)	18. Mai		17. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
New York .. 1 \$	4,195	4,205	4,195	4,205
London ... 1 £	20,414	20,406	20,412	20,404
Amsterdam . 100 Gld.	168,89	169,31	168,86	169,28
Kopenhagen . 100 Kron.	110,34	110,62	110,21	110,49
Stockholm . 100 Kron.	112,26	112,54	112,31	112,59
Doslo ... 100 Kron.	91,36	91,58	90,99	91,21
Italien ... 100 Lire	15,28	15,82	14,88	14,87
Schweiz ... 100 Fres.	81,18	81,83	81,10	81,30
Paris ... 100 Fres.	12,14	12,18	12,675	12,715
Brüssel ... 100 Fres.	11,81	11,85	12,40	12,44
Prag ... 100 Kron.	12,41	12,45	12,417	12,457
Wien ... 100 Schill.	59,225	59,365	59,225	59,365
Spanien ... 100 Peseta	60,41	60,57	60,55	60,71

1 franz. Franc = 0,12 Rm., 1 belg. Franc = 0,11 Rm., 1 ital. Lira = 0,15 Rm., 1 lotry (Devis) = 0,33 Rm., 1 lotry (Noten) = 0,35 Rm. Tendenz weiter stark rückläufig.
Bankdiskont: Berlin 7 (Combard 8), Amsterdam 3½, Brüssel 7, Italien 7, Kopenhagen 5½, London 5, Madrid 5, Oslo 5½, Paris 6, Prag 6, Schweiz 3½, Stockholm 4½, Wien 7½.
Ostdevisen: Bukarest 1,54 G 1,56 B, Warschau 33,41 G 33,59 B, Riga 80,70 G 81,10 B, Neval 1,119 G 1,125 B, Rowmo 41,37 G 41,58 B, Rattowit 34,41 G 34,59 B, Posen 34,16 G 34,24 B. — Noten: Gr. Polen 35,07 G 35,23 B, Ll. Polen 35,07 G 35,43 B, Letten 79,90 G 80,70 B, Esten 1,105 G 1,115 B, Lit. 40,89 G 41,31 B. Alle sehr schwach.
Effektenmarkt.
Die Schutzgebietsanleihe hatte mit 5,65 und die 5proz. Reichsanleihe mit 0,3975 eröffnet. Eisenbahnaktien schwächten sich um 1 und Hochbahn um 0,25 ab. Schiffahrtaktien blühten ein. Bankaktien überwiegend befestigt. Montanaktien zogen etwas an. Kalimerte vernachlässigt. Sehr lebhaft war der Verkehr in den Aktien der Farbenindustrie. Die Aktien der Waggonfabriken zeigten überwiegend gute Haltung. Maschinen- und Motorenfabriken sehr ruhig.

Amthlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin vom 18. Mai. (Getreide und Deshoaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm, alles in Reichsmark.) Weizen, märkischer, Mai 304, Juli 291,50—291, September 262 bis 261,50, matter. Roggen, märkischer 175—180, Mai 193,50 bis 193, Juli 197,50—197, Brief, September 200,50 u. Brief, matter. Gerste, Sommergerste 189—202 (reinste Qualitäten über Notiz), inländ. Futtergerste 171—184, ruhig. Hafer, märkischer 197—208, Juli 194, fester. Weizenmehl per 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sad (feinste Marken über Notiz) 36,50—39,25, still. Roggenmehl per 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sad 24,75—26,25, still. Weizenkleie frei Berlin 10,60—10,75, still. Roggenkleie frei Berlin 11,50—11,80, still. Viktoria-Erbsen 31—33, Meine Speiseerbsen 25—26, Futtererbsen 20—25, Pelfuschten 20—23, Ackerbohnen 22—24, Widen 28—30, Lupinen, blaue 12 bis 12,75, Lupinen, gelbe 14,75—15,75, Serradella, neue 34—38, Rapskuchen 13,75—14, Leinöluchen 18—18,20, Trockenmehl 9,80 bis 10,10, Sojabohnen 19,20—19,50, Kartoffelflocken 16—16,80.
Frühmarkt. (Amthlich.) Hafer gut 227—235, mittel 220 bis 226, Gerste gut 206—212, Futterweizen 310—320, kleiner Mais 192—196, Futtererbsen 270—280, Weizenkleie 114—118, Roggenkleie 120—126. Alles für 1000 Kilogramm ex Waggon oder frei Wagen hier.
Berliner amthliche Notierung für Rauhfutter vom 18. Mai. Drahtgepreßtes Roggenstroh (Quadratballen) 1,10 bis 1,65, drahtgepreßtes Haferstroh (Quadratballen) 1,10—1,55, drahtgepreßtes Gerstenstroh (Quadratballen) 1,10—1,50, drahtgepreßtes Weizenstroh (Quadratballen) 1,10—1,55, Roggenlangstroh, zweimal mit Stroh gebündelt 1,55—1,90, hindabengepreßtes Weizen- und Roggenstroh 1,20—1,60, Häcksel 1,75—2,10, handelsübliches Heu, gesund und trocken, nicht über 30 Prozent Befeh mit minderwertigen Erbsen 2,80—3,20, gutes Heu desgleichen nicht über 10 Prozent Befeh 3,40—3,90, Kleen 4—4,50. Die Preise verstehen sich als Erzeugerpreise ab märkischen Stationen frei Waggon für 50 Kilogramm.
Berliner amthliche Notierung vom 18. Mai. (Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten. Preise verstehen sich für 100 Kilogramm.) Ia Qualität 163 M. II. Qualität 145 M., abfallende Sorten 125 M. Tendenz: Lebhaft.
Magdeburger Zuckerpreise vom 18. Mai. Zolnotenierung: Mai 28,50, Juni 28,75, Juli 29, August 29,25. Tendenz: Ruhig.